

Chemnitz

Beitrag von „Bolzbold“ vom 1. September 2018 13:58

Der Staat wird das Vertrauen dieser Bürger erst dann zurückgewinnen, wenn er genau das tut, was diese Bürger wollen. Und das wäre sehr wahrscheinlich nicht immer rechtsstaatlich.

40 Jahre Diktatur und StaSi-Überwachung hinterlassen offenbar ihre Spuren. Dass im Kapitalismus der Staat eben nicht immer für alles zuständig ist, "haben einige noch nicht verstanden" (zitiert nach Ulbricht kurz vor der Gründung der DDR im Oktober 1949). Insofern sind wir in der Tat politisch wiedervereinigt, gesellschaftlich aber noch lange nicht.

Wir haben im Westen seit ca. 60 Jahren Gastarbeiter und deren Nachfahren leben. Zum Teil integriert, zum Teil nicht. Und die Fremdenfeindlichkeit war im Westen in den 50ern und 60ern relativ hoch.

Im Osten fehlt diese Tradition, da kann man von den Menschen nicht erwarten, dass sie Flüchtlingen mit "Refugees welcome" begegnen, insbesondere, wenn sie Angst vor sozialer Stagnation oder gar Abstieg haben. Da sorgt man sich eben von der durch die Flüchtlinge scheinbar gefährdeten Butter auf dem eigenen Brot.

Das werden wir so bald nicht in den Griff bekommen, weil man gegen irrationale (oder womöglich sogar berechnete) Gefühle nicht mit Argumenten ankommt. Erst wenn sich klar zeigt, dass die Ängste unbegründet sind, dass man selbst "weiterkommt" oder sich in der eigenen Stadt "etwas zum Positiven tut" (was auch immer das im Einzelfall sein mag), werden die Menschen dort nicht mehr so anfällig für Rattenfänger sein.